

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 42

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klopp-Groß-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 17. Oktober 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Nicht Almosen, sondern Arbeit.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß jedesmal, wenn ein Kulturland von einer Wirtschaftskrise betroffen wird, die proletarischen Unterschichten am meisten darunter zu leiden haben. Wenn eine Sturmflut über ein Land dahinbraust, so bespült das Wasser auch die Erhöhungen des Bodens, aber es läuft daran herunter und sammelt sich in den Niederungen. In derselben Weise sät der wirtschaftliche Sturm, der die Länder durchbraust, auch den Ober- und Mittelschichten Schaden zu, aber die eigentlichen Leidtragenden sind die Volksmassen. Die bestgestellten Kreise erleiden gewiß ebenfalls beträchtliche Verluste, doch ist ihre materielle Existenz noch immer gesichert, die Besitzlosen Klassen dagegen befinden sich bereits in großem Elend. Wie von den verschiedensten Seiten berichtet wird, leiden zahlreiche Familien buchstäblich Hunger, und die Not wächst noch immer mehr. Und zwar sind es weniger die Familien der ins Feld gezogenen Vaterlandsverteidiger, bei denen sich der Hunger zu Gasse labet, denn für diese wird vom Staate und von den Gemeinden wenigstens notdürftig gesorgt, als die Familien, deren Ernährer im Lande zurückgeblieben sind. Aber was will hier das Wort Ernährer besagen? Klingt es nicht wie bitterer Hohn, daß Leute ihre Familien ernähren sollen, die nirgends Arbeit finden können und deshalb keinen Pfennig Geld nach Hause bringen? Darin zeigt sich der innere Widerspruch des Kapitalismus am allerdeutlichsten, daß Hunderttausende von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen vergebens nach einer Arbeitsgelegenheit auspähen, trotzdem überall Bedarf vorhanden ist, der gedeckt werden muß. Wer heute noch nicht einsieht, daß das kapitalistische System an einem verhängnisvollen Fehler leidet, der ist mit unheilbarer Blindheit geschlagen.

Überall machen sich die Folgen kapitalistischer Planlosigkeit bemerkbar, und es wäre ein Unrecht, wenn man bestreiten wollte, daß sich an allen Orten Hände regen, die das Massenelend eindämmen wollen. Aber leider schlägt man hierbei eine durchaus falsche Taktik ein, indem man Almosen gibt anstatt Arbeit. Die Geschichte lehrt uns, daß eine Klassen-gesellschaft immer und überall in den gleichen Fehler verfällt: sie sucht nach Art der Quacksalber und Kurpfuscher die Krankheitserscheinungen zu heilen, aber an den Sitz der Krankheit, an die Grundursache des Übels wagt sie sich nicht heran. Und doch hat es sich noch in jedem Falle gezeigt, daß es noch niemals möglich gewesen ist, durch Wohlthaten die Massenarmut zu beseitigen. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum weiter Kreise, daß man durch Geldspenden, Volksküchen, Fließküben und andere Hilfsaktivitäten der Not steuern könnte. Dem einzelnen mag hier und da zeitweilig geholfen werden, für das Massenelend, das uns umflutet, bedeutet das Almosengeben gerade soviel wie ein Tropfen Del für das empörte Meer. Darum erheben die Arbeitermassen immer lauter den Ruf: „Gebt uns Arbeitsgelegenheit, damit wir auf eure Wohlthaten verzichten können!“

Offenbar ist es vom Standpunkte einer gesunden Volkswirtschaft aus vollständig falsch, gesunde, kräftige Menschen zum Müßiggange zu verurteilen und sie nebst ihren Angehörigen durch Unterstützungen über Wasser zu halten, während ihre Arbeitskraft brachliegt und die Produktionsmittel verkommen. Ebenso falsch ist es auch vom Gesichtspunkte einer vernünftigen Sozialmoral aus, solche Menschen durch Almosen zu ernähren, die sich durch eigene Arbeit ernähren können und wollen. Ein Mensch von Charakter wird durch Wohlthaten gedemütigt und erniedrigt und leidet an seinem Selbstbewußtsein Schaden; ein Mensch mit schwachem Charakter und gering entwickeltem Ehrgefühl gewöhnt sich an das

Empfangen von Almosen und verliert die Lust zum Arbeiten. Ueberhaupt erstickt das Almosengeben, so gutgemeint es auch sein mag, das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit und läßt die niedrigsten Instinkte in der Menschenbrust ins Kraut schießen. Die Erfahrungen des täglichen Lebens und die Beobachtungen der Weltgeschichte liefern uns gleichermaßen den Beweis, daß eine Gesellschaft, die das Prinzip der Arbeit durch das Prinzip des Wohlstands ersetzt, wirtschaftlich zurückgeht und moralisch verkommt. Wir erinnern, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an das untergehende Rom, das die Unterschichten durch panem et circenses — Brot und Spiele — zugrunde richtete. Es ist und bleibt also eine unabwiesbare Forderung, der großen Masse des Volkes Arbeit zu geben anstatt Almosen.

Allmählich dämmert diese Erkenntnis auch in den maßgebenden Kreisen auf. Die staatlichen Behörden haben sich bereits in dankenswerter Weise mit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit beschäftigt und ihre Absichten veröffentlicht. Zunächst haben sie eine Regelung und Organisation der Arbeitsvermittlung ins Auge gefaßt, damit die vorhandenen Arbeitskräfte dorthin geschickt werden können, wo ein Bedarf besteht. Sodann will man keine unbezahlten Arbeitskräfte mehr bei den Behörden einstellen und die bereits eingestellten entlassen; es sollen nur bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt werden, und zwar solche, die nicht aus anderer Quelle bereits ein Einkommen beziehen. Den Hausfrauen wird empfohlen, ihre Dienstmädchen, Waschfrauen usw. weiter zu beschäftigen und ihren Bedarf nicht allzu sehr einzuschränken. Die Unternehmer werden aufgefordert, ihre Betriebe im Gange zu halten und, wenn nicht anders möglich, mit verkürzter Arbeitszeit oder Festschichten arbeiten zu lassen. Ueberstunden sollen grundsätzlich nicht mehr gemacht werden, Verkehrsanstalten, zum Beispiel Straßenbahnen, sollen keine Betriebsbeschränkungen vornehmen, die Zufuhr von Rohmaterialien zu normalen Preisen soll gefördert werden usw. Die Behörden selbst erklären sich bereit, möglichst viel Aufträge an private Unternehmer zu erteilen und die bereits bewilligten Geldmittel aufzubrauchen. Den Strafanstalten sollen Aufträge nicht mehr erteilt und es soll alles vermieden werden, was dazu geeignet ist, den privaten Unternehmern Konkurrenz zu machen. Die öffentlichen Körperschaften sollen alle möglichen Arbeiten in Angriff nehmen: Errichtung von Gebäuden, Begehauten, Kultivierung von Mooren und Debländereien, Verbesserung von bereits kultiviertem Grund und Boden usw., für die Mittel bereitgestellt sind oder bereitgestellt werden müssen.

Auch das private Unternehmertum sieht allmählich ein, daß es eine große Dummheit war, beim Ausbruch des Krieges die Flinte ins Korn zu werfen und das Wirtschaftsleben ins Stocken geraten zu lassen. Und nun sucht man den Fehler wieder gut zu machen. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat in Gemeinschaft mit dem Bunde der Industriellen einen Aufruf erlassen, worin er für ein planmäßiges Zusammenwirken der gewerblichen Betriebe und für eine zweckmäßige Verwendung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte eintritt. Diese beiden Verbände haben einen „Kriegsaus-schluß der deutschen Industrie“ gegründet, der alle Maßnahmen ergreifen soll, die geeignet sind, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Auch der deutsche Landwirtschaftsrat richtet an sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen die dringende Aufforderung, keine Betriebsbeschränkungen vorzunehmen, sondern in der bisherigen Weise weiter zu wirtschaften. In demselben Sinne wenden sich die Gewerbestammern, Innungen, Unternehmerverbände und andere Arbeitgeberorganisationen an ihre Mitglieder. Überall ertönt der Ruf: „Schafft Arbeitsgelegenheit für die fleißigen Hände, die gezwungenerweise feiern müssen!“

Augenscheinlich ist viel guter Wille vorhanden, unser Volk über die gegenwärtigen schweren Zeiten hinwegzubringen; aber leider scheint es, als ob der gute Wille allein nicht ausreicht, auch nur halbwegs befriedigende Zustände zu schaffen. Die Grundfehler unseres Wirtschaftslebens: Planlosigkeit und Selbstsucht, lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Aber wir wollen abwarten, welchen Erfolg die Aufforderungen und Mahnungen der Behörden und Körperschaften haben werden. Es muß sich ja demnächst zeigen, ob eine Neubelebung des wirtschaftlichen Lebens eintreten und dadurch die hohe Arbeitslosenziffer sinken wird. Sollte sich keine wesentliche Besserung zeigen, so würde allerdings nichts anderes übrigbleiben, als daß Staat und Gesellschaft schärfere Maßregeln ergreifen und die Gütererzeugung und Güterverteilung selbst in die Hand nehmen, wobei ihnen sicherlich Genossenschaften und Gewerkschaften wichtige Dienste leisten könnten. Wenn die Massennot noch höher steigt, so müssen wir die fahnenflüchtigen Kapitalisten einschalten und den Kapitalismus, der seine Unfähigkeit bewiesen hat, durch eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzen. Not bricht eben Eisen, und das Wohl der Gesamtheit steht höher als das Geldbeutelinteresse einer Handvoll Kapitalisten.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1913.

III.

Die gegnerischen gewerkschaftlichen Organisationen hatten unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse noch in höherem Maße zu leiden als die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Haben die letzteren im Jahresdurchschnitt noch einen, wenn auch unerheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, so ist dagegen sowohl bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wie auch bei den christlichen Gewerkschaften ein Rückgang an Mitgliedern eingetreten.

Es zählten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1913 106 618 Mitglieder. Da sich der Mitgliederbestand 1912 auf 109 225 bezifferte, so ist demnach gegen das Vorjahr ein Verlust von 2607 Mitgliedern gleich 2,39 pSt. erfolgt. Es ist aus der Statistik dieser Organisationsrichtung nicht ersichtlich, ob sich auch ein gleicher Mitgliederverlust im Jahresdurchschnitt ergibt. Dieses scheint aber der Fall zu sein, denn es wurden 1913 M 13 632 weniger an Beiträgen vereinnahmt als 1912.

Die Gewerkschaften verzeichnen für 1913 eine Gesamteinnahme von M 2 866 891, welcher eine Ausgabe von M 2 620 864 gegenübersteht. Das Gesamtvermögen betrug M 1 728 528. Ein richtiges Bild von der Finanzgebarung der Gewerkschaften läßt sich aus dieser Zahlenaufmachung nicht gewinnen, da unter Einnahmen und Ausgaben auch die der selbständigen Kranken- und Begräbniskassen eingerechnet sind. Die Ausgabe für Kranken- und Sterbefälle beträgt zusammen M 921 260, die von den übrigen Ausgaben abgesetzt werden müßten. Durch einen Abzug des gleichen Betrages von den Einnahmen würde man dann die Finanzgebarung der Gewerkschaften annähernd auf den richtigen Stand bringen.

Die Gesamtausgabe der Gewerkschaften stieg gegen das Vorjahr um M 150 148. Die Einnahmen vermehrten sich um M 80 562. Der Vermögensbestand ging um M 100 323 zurück.

Eine wirkliche Bedeutung im wirtschaftlichen Leben kommt den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht zu. Die wenigen Mitglieder, die sie umfassen, verbindet nicht eine kraftvolle Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen dem Unternehmertum gegenüber, sondern sie werden lediglich durch die Unterstützungseinrichtungen, welche die Gewerkschaften stets im Vordergrund stellen, zusammengehalten.

Die christlichen Gewerkschaften bilden die jüngste gewerkschaftliche Organisationsrichtung. Sie wurden eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen, der Ausbreitung der Zentralverbände entgegenzuwirken. Diese edle Absicht haben die christlichen Gewerkschaften bisher nicht erreicht und werden sie auch nie verwirklichen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die im christlichen Heerbanne befindlichen Arbeiter allmählich einsehen werden, daß eine wirksame Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nur in einem festen Zusammenwirken mit der gesamten Arbeiterschaft erfolgen kann. Die Entwicklung der christlichen Gewerk-

schaften hat sich bisher in bescheidenen Grenzen gehalten, trotz wohlwollender Berücksichtigung seitens der Behörden und der Unterstützung, die ihnen von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche zuteil wurde.

Am Jahresdurchschnitt ging die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften von 344 087 im Jahre 1912 auf 342 785 im Jahre 1913, also um 1902 gleich 0,55 pSt. zurück. Der Mitgliederverlust am Schlusse des Jahres 1913 betrug gegen den Schlusstand des Vorjahres 9195 gleich 2,62 pSt.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen 1913 M 7 177 761 gegen M 6 608 350 im Vorjahre; die Mehreinnahme beträgt M 569 411. Bedeutsam höher sind dagegen die Ausgaben geblieben, und zwar von M 5 222 727 in 1912 auf M 6 102 688 im Jahre 1913. Das ist eine Mehrausgabe von M 879 961. Die Vermögensbestände wuchsen von M 8 575 658 auf M 9 082 796 im Berichtsjahre.

Außer den Kirch- und Dunderischen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften kommen dann als gewerkschaftliche Organisationen noch in Betracht die seit 1897 unter der Bezeichnung „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ zusammengeschlossenen jüdisch-katholischen Lokalvereine und weiter eine Reihe einzelner Berufsorganisationen mit gewerkschaftlichem Charakter, die in der Statistik als „unabhängige Vereine“ bezeichnet werden. Von der ersten Gruppe liegen statistische Ausweise nicht vor, ihre Tätigkeit vollzieht sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit; als gewerkschaftliche Organisationen haben sie nur eine geringe Bedeutung. Ueber die zweite Gruppe gibt die amtliche Statistik Auskunft, jedoch können wir zur Ergänzung unserer Statistik nur die für das Jahr 1912 in dem achten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Angaben heranziehen, da die neuesten Ergebnisse noch nicht vorliegen. Nicht alle in der amtlichen Statistik als „unabhängige Vereine“ geführten Organisationen können als Gewerkschaften bezeichnet werden. Einige von ihnen entbehren dieses Charakters völlig und können deshalb für unsere Gewerkschaftsstatistik nicht in Betracht kommen. Nach Auscheidung dieser Vereine, und unter Benützung der von den Zentralverbänden über das Bestehen von Lokalvereinen innerhalb ihres Organisationsbereiches gemachten Angaben, waren 1912 310 197 Personen in unabhängigen und lokalen Vereinen gewerkschaftlich organisiert. Ueber die Finanzgebarung dieser Organisationen liegen nur von 20 Vereinen mit 291 222 Mitgliedern Angaben vor. Es betrug die Gesamteinnahme 1912 M 3 040 925 und die Ausgabe M 2 520 211. Der Vermögensbestand beläuft sich auf M 3 152 636. Von den Ausgaben entfallen auf Streit- und Maßregelungsunterstützung M 310 307. Davon kommen M 309 542 auf den Streit der Bergarbeiter in Oberschlesien, den die polnische Berufsvereinigung führte. Für sonstige Unterstützungs Zwecke wurden M 701 519 vorausgibt, darunter für Reise- und Arbeitslosenunterstützung M 51 721. Die Ausgabe für Verbandsorgane und sonstige Bildungsmittel beziffert sich auf M 470 248.

Nach man die gesamten Ergebnisse der Gewerkschaftsstatistik zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1913 3 308 363 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, darunter 257 373 weibliche (1912: 2 944 499). Die Gesamteinnahmen der Organisationen betragen M 95 001 161, die Gesamtausgaben M 86 148 726 und der gesamte Vermögensbestand beziffert sich auf M 102 633 255. Bei dieser Aufstellung sind, wie noch einmal ausdrücklich hervorzuheben werden soll, für die unabhängigen und lokalen Vereine die Angaben für 1912 verwandt worden. Es betragen die Ausgaben: für Streit- und Maßregelungsunterstützung M 19 307 604, für sonstige Unterstützungen, einschließlich Rechtschutz, M 32 891 408, darunter für Reise- und Arbeitslosenunterstützung M 13 727 102. Für Verbandsorgan und sonstige Bildungsmittel wurden M 4 583 353 vorausgibt.

Es sind gewaltige Summen, welche die Gewerkschaftsorganisationen in einem Jahre für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder und zur Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. aufwandten. Und von allen diesen Summen fällt der Löwenanteil auf die Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Seit dem Jahre 1891, dem Beginn der Gewerkschaftsstatistik, also in einem Zeitraum von 23 Jahren, bezanzgahen die Zentralverbände für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe 138 Millionen Mark und für friedliche Unterstützungs Zwecke 197,7 Millionen Mark. Von den letzteren Ausgaben entfielen seit 1891 auf

Arbeitslose	M 65 803 121
Reisende	15 123 205
Kranke	80 248 281
Unzug. Not- und Sterbefälle	17 018 253
Gewaltregelte	10 351 582
Invalide	5 175 097
Rechtschutz	3 984 471

Durch die immense Tätigkeit der Gewerkschaften und den für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verausgabten gewaltigen Summen ist eine weitgehende Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der deutschen Arbeiterschaft erfolgt, die in ihrem vollen Umfang zahlenmäßig nicht nachweisbar ist. Die regelmäßigen Statistiken über die Resultate der wirtschaftlichen Bewegungen und Kämpfe können darüber kein erschöpfendes Bild liefern. Und welche ein hohes Maß von Not und Elend durch die Millionen von Mark, welche die Gewerkschaften für friedliche Unterstützungen verausgabten, beiseite gelassen wurde, wird in seiner vollen Größe wohl kaum dargestellt werden können.

Es ist eins der traurigsten Kapitel der Kulturgeschichte, daß gerade die Organisationen, die dazu berufen sind, die Arbeiterschaft vor der Degeneration durch den die menschliche Arbeitskraft ausbeutenden Kapitalismus zu bewahren, von dem Staate nicht geschützt und gefördert, sondern im Gegenteil ihren Bestrebungen Schwierigkeiten bereitet werden. Spätere Generationen werden mit Entsetzen auf diesen Widerspruch unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung zurückblicken. Wir aber wissen, daß bei der jetzt gegebenen geringwertigen Abhängigkeit der natürlichen Bedürfnisse von den Geboten der Vertreter des Kapitals keine objektive Beseitigung und darum auch keine Förderung des

Wingens der Arbeiterschaft nach den kulturellen Höhen des Daseins zu erwarten ist. Wir tun auch gut daran, uns nicht auf das Wohlwollen aufmerksamer Kreise, sondern nur auf unsere eigene Kraft zu verlassen; gestützt auf diese wird allen Gewalten zum Trotz die Arbeiterschaft ihr Ziel erreichen.

Stimmen aus der Kriegszeit.

Der Geheime Admiraltätsrat Koch schreibt in der Monatschrift „Das neue Deutschland“:

„Eine heilige Pflicht aber wird es sein, wenn unsere Reserven und Landwehrlente das selbgraue Ehrenkleid wieder ablegen, dafür zu sorgen und allen Fleiß daran zu setzen, die Gemüthsleiden ihres wirtschaftlichen Gebehens zu beseitigen. Wohl schreiten wir voran auf allen Gebieten der Volkswirtschaft — das ist der Hauptgrund des grimmigen Hasses der Briten —, aber auch bei uns ist es noch möglich und nötig, Mannigfaches zu leisten, damit der wirtschaftliche Erfolg mit möglichst geringen Unkosten belastet wird und damit dem Arbeiter ein möglichst großer Anteil vom Werte seines Arbeitsergebnisses zugewendet werden kann.“

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Braunschweig. Für unsere in den Fabrikbetrieben beschäftigten Kollegen wurde gleich bei Beginn der Mobilmachung die tägliche Arbeitszeit bis zu vier Stunden herabgesetzt. Einige glaubten nun, nicht mehr verpflichtet zu sein, unter diesen Verhältnissen noch Beiträge für die Organisation zu entrichten. Die Befanngabe, daß diese Kollegen der Vorklasse beitreten könnten, war für uns eine glückliche Lösung. Inzwischen ist in den Fabrikbetrieben eine Verbesserung eingetreten. Die Malermeister haben sofort darin eingewilligt, der Anweisung der Zentralinstanzen zu folgen und die tägliche Arbeitszeit von 9 auf 7 Stunden herabgesetzt. Dadurch war es möglich, einen Teil der Arbeitslosen, wenn auch nur für kurze Zeit, wieder Verdienst zu verschaffen.

Bremen. Hier ist nur ein geringer Prozentsatz Kollegen zum Militär eingezogen. Das Werkstattdelegiertensystem, das hier sehr gut ausgebaut ist, hat ein übriges getan, daß die Geschäfte der Filiale in gewohnter Weise weitergeführt werden konnten. Die Filialeitung war sofort nach Kriegsausbruch in der Lage mit einem größeren Teil von Vertrauensleuten die Situation zu besprechen, die dann wieder für die nötige Aufklärung in den einzelnen Werkstätten sorgten. Daß dieses gewirkt hat, zeigt die Tatsache, daß wir uns heute eines besseren Versammlungsbetriebes erfreuen, als wir ihn sonst gewohnt sind. Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht in so scharfer Form in die Erscheinung getreten, und die Vertüzung der täglichen Arbeitszeit um zwei Stunden hat weiter dazu beigetragen, daß nur wenige Arbeitslose zu verzeichnen sind.

Bremerhaven. Die vom Beirat gefaßten Beschlüsse stießen hier zunächst auf Widerstand, und zwar wegen der zeitweisen Abschaffung der Krankenunterstützung. Doch hat man nach kurzer Zeit und nach Klarstellung der Gründe, die für die Maßnahmen ausschlaggebend waren, auch hier den Beschlüssen Verständnis entgegengebracht. Man ist des weitern davon überzeugt, daß die jetzt gebrachten Opfer der Organisation später reichlich wieder zugute kommen werden. Durch die Unterbindung jedes überseelischen Handels traten besonders für den Norddeutschen Lloyd wesentliche Störungen ein. Unsere ledigen Kollegen wurden sämtlich entlassen; nur wenig über hundert Kollegen sind beschäftigt. Diese arbeiten in Wechselschicht, und zwar keiner mehr als 18 Stunden pro Woche. Bis zu einem bestimmten Grade erscheint dieses alles verständlich. Zu einer andern Auffassung kommt man aber, wenn man den gegenüberstellt, daß den Frauen der zum Militär Eingezogenen über das Doppelte an Unterstützung gezahlt wird, als die Zurückgebliebenen für ihre Familie im Betrieb verdienen können. Unsere Kollegen wurden noch weitere Arbeitsentlassungen in Aussicht gestellt. Bei dieser Gelegenheit ist vom Meister gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß alle, die jetzt dem „Vereine“ beitreten, das Gnadenbrot genießen würden. In den Privatbetrieben ist die Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß die Städteverwaltungen der Unterweserorte bald größere Arbeiten vergeben werden.

Cassel. Der Krieg hat auch bei uns zuerst manche Störung und Veränderung mit sich gebracht. 145 Kollegen wurden aus ihrer Erwerbsarbeit herausgerissen. Von den Einberufenen sind 104 verheiratet. Eine Anzahl ist schon verwundet und zwei Kollegen, brave Familienväter, ruhen bereits in Feindesland. Es sind die Kollegen Kaufsch aus Besse und Krause aus Mege. Möge die Erde ihnen leicht sein! Wenden wir uns nun den Aufgaben zu, die die Dahingekommenen jetzt zu leisten haben. Die Verwaltung hatte zunächst dafür zu sorgen, daß für die einberufenen Vertrauensleute Ersatz beschafft wurde, damit keine Unterbrechung in der Einfassung der Beiträge eintrat. Sowie als möglich, ist diese Frage sofort erledigt worden. In den Zahlstellen, wo kein Vertrauensmann zu bekommen war, wird die Einfassung von der Verwaltung besorgt. Die in Arbeit stehenden Kollegen haben den Ernst der Zeit vollkommen begriffen und sind der Aufforderung der Verwaltung, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, erfreulichereise nachgekommen. Doch darf nicht unerwähnt bleiben, daß es ein paar Kollegen gibt, die, ohne Gründe anzugeben, jede Beitragsleistung während des Krieges verweigern. Vielleicht werden sie über kurz oder lang noch anderer Meinung. Die Arbeitslosigkeit hat seit der Mobilmachung in unserer Filiale stark zugenommen. 150 Kollegen hatten sich bis vor kurzem gemeldet, von denen annähernd 100 unterstützungsberechtigt waren. Die Arbeitslosigkeit hat sich wieder gehoben und heute sind kaum 60 unterstützungsberechtigte Kollegen vorhanden. Das Ortsaristamt hat sich ebenfalls mit der Fürsorge der Arbeitslosen beschäftigt und beschlossen, daß ab 15. Oktober die Arbeitszeit täglich sieben Stunden betragen soll. Uebertunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind

zu vermeiden. Außerdem ist die von den Zentralvorständen unseres Berufes vereinbarte Eingabe nebst einem Begleitschreiben, von beiden Kammern unterschrieben, den vertriebenen Bauämtern und Behörden usw. übermittelt worden. Ob wir mit den Eingaben Erfolg haben, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Eine Arbeitslosenunterstützung ist von der Stadt Cassel noch nicht eingeführt worden. Die Ausfahrungen des Oberbürgermeisters in einer der letzten Stabverordneten-sitzungen schließen jedoch die Möglichkeit nicht gänzlich aus. Um so mehr haben unsere Kollegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung (Notunterstützung) durch unseren Verband begrüßt. Viele Kollegen hatten sich schon damit abgefunden, daß unser Verband infolge des großen Kampfes 1913 nicht in der Lage wäre, ihnen in irgendeiner Weise zu helfen. Das sind eben Kollegen, die sich ohne weiteres jeder Situation anpassen und aus den Verhältnissen lernen. Um so größer war aber ihre Freude, als sie erfuhren, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht nur auf vier Wochen, sondern für die zuerst arbeitslos gewordenen auf acht Wochen ausgedehnt sei. Bis heute sind rund M. 800 Arbeitslosenunterstützung vorausgibt. Ebenso sind an 80 Ehefrauen, deren Männer einberufen wurden, M. 500 Unterstützung gezahlt. Diese Unterstüzungseinrichtung fand ebenfalls freudige Aufnahme und es wurde anerkannt, daß sich unser Verband in dieser schweren Zeit bemüht, das Los der Kollegen durch Zuwendung von Unterstüetzungen zu erleichtern. Kollegen! Jetzt ist die Reihe an uns! Um auch wir alle gegenüber dem Verbands unsere Pflicht, dann überwinden wir ohne Schaden zu nehmen auch diese ernste und schwere Zeit! Die zurückbleibenden Kollegen müssen eben durch die Tat beweisen, daß „Solidarität“ kein leerer Schall ist. R.

Darmstadt. Als das Wort „Krieg“ in wenigen Minuten den Erdball umflog, da sah wohl jeder durch seine eigene Brille in die dunkle Zukunft. Je nachdem er über den wirtschaftlichen und militärischen Zusammenhang der Dinge auf dem laufenden war, konnte er sich ein Bild machen und sein Handeln danach einrichten. Ich ahnte, daß es vieles zu tun gibt, und zwar in erster Linie für die Gemeinde, und stellte mich, da ich kein Soldat bin im militärischen Sinne, dem Oberbürgermeister schon am 1. August zur Verfügung, soweit mir Zeit übrig blieb. Ein Dankschreiben und die Zuteilung in zwei Ausschüsse war die Antwort.

Von der Tätigkeit im Schiedsamt für Mietesachen will ich nicht reden, um den Raum nicht allzu sehr in Anspruch zu nehmen. In dem Ausschuß zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit war ich der einzige Arbeiter. Neben großen sozialen Verständnisses begegnete ich aber auch einer Weltfremdheit, die geradezu beängstigend war. Zum Beispiel: Als ich den Vorschlag machte (der dann auch ausgeführt wurde), man solle den Gasseffel austreichen lassen, meinte ein Beamter, es seien nicht genügend Arbeiter vorhanden. Das war am 10. August. Als ich ihm die Zahl der Arbeitslosen nannte, wunderte er sich immer noch. In der gleichen Sitzung beantragte ich, daß die Stadt an die verschiedenen Behörden Eingaben machen solle zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Dabei führte ich besonders die Militärarbeiten auf, die erst für nächstes Jahr vorgesehen waren. Hier ist nun ein voller Erfolg zu buchen, und dürfte dadurch wohl für M. 60 000 bis M. 80 000 Arbeit allein für unsern Beruf in Betracht kommen. Ferner empfahl ich die Einführung der Doppelschicht oder Verkürzung der Arbeitszeit, je nachdem das Gewerbe dazu paßt; die Bürgermeisterei sollte sich mit den Arbeitgebern und den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen. Auch hier ist ein guter Erfolg zu buchen. Weiter wurde angeregt, daß die Bürgermeisterei nachstehe, was um verschiedene Bauten zu streben, und eventuell dafür, daß weitergearbeitet wird; auch hier ein, wenn auch kleiner Erfolg. Dadurch, daß die Stadt diese Maßnahmen ergriff, und das soll anerkannt werden, besonders vom Oberbürgermeister, bekommen sie alle einen amtlichen Charakter, der bei der Durchführung nötig ist. Der Oberbürgermeister erließ als das Ergebnis dieser ersten Sitzung in allen Zeitungen einen Aufruf: Einer für alle und alle für einen, in dem es unter anderem heißt: „Das Wichtigste ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.“

Am 27. August besaß das Ortsaristamt, von Montag, den 31. August, ab nur noch acht Stunden täglich zu arbeiten, von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 Uhr. Die Maler, Weißbindermeister teilten am 28. August dies ihren Mitgliedern in einem Zirkular mit, worin es heißt: „Die Arbeitszeit ist zu verkürzen, damit mehr Arbeitsgelegenheit geboten wird. Wir dürfen mit aller Zuredlichkeit die Erwartung aussprechen, daß diese Maßnahme von allen Mitgliedern in dieser schweren Zeit auf das gewissenhafteste befolgt wird.“

Letzteres ist nun nicht ganz eingetreten. Es wurde deshalb bei der Bürgermeisterei Beschwerde erhoben, worauf die betreffenden Herren vorgeladen wurden; und dann erst ging es. Die Firma G. & J. Weber könnte es nur zwei bis drei Tage mit acht Stunden aushalten und ließ es zu einer Verhandlung im Ortsaristamt kommen, wo sie dann beim Termin nicht einmal vertreten war. Von dieser Handlungsweise nahm das Amt entsprechend im Protokoll Notiz. Böse Beispiele finden bekanntlich leicht Nachahmung, und so kam die Firma Hillgärtner auch vor das Ortsaristamt. Hillgärtner berief sich eben auf Weber. Inzwischen war dann die Sache bei ihm geordnet worden. Einen Teil Schuld hat dabei das Militärbauamt, das verlangt, daß 9½ Stunden gearbeitet werden müsse. Die Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit ist verschieden, indem besonders eine Firma, trotzdem sie viel Arbeit hat, nicht entsprechend Leute einstellt. Zum Beispiel hat diese Firma jetzt zwei Kasernen außen ganz zu verputzen. An der einen arbeiten vier Gehilfen, an der andern fünf, trotzdem gesagt wird, die Arbeit eile, weil Frostwetter eintreten könne.

Mit den Meistern gemeinsam wurde am 14. Behörden ein Gesuch zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit eingereicht und eine Ausschuß zur Erledigung aller daraus sich ergebenden Arbeiten auf unsern Vorschlag gebildet. Zurzeit ist genügend Arbeit vorhanden, weil das Militär hier große Aufträge gibt, nur wird geklagt, daß mit diesen Herren schwer zu arbeiten sei. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit gab es auch mit einigen Gehilfen Differenzen; es gibt eben überall gewisse Elemente, die nun einmal nur

an sich denken und kein Opfer bringen wollen. Denen mußte gesagt werden, welche Kammergestalten sie sind gegenüber unsern Brüdern im Felde.

Die notwendigen Maßnahmen des Vorstandes wurden hier allgemein gutgeheißen, wenn auch einige etwas Zeit brauchten, um sich da hineinzufinden. Da zu erwarten war, daß der „Vereinsanzeiger“ nicht rechtzeitig eintrifft, erhielten in den ersten drei „Kriegswochen“ die Kollegen ein Flugblatt, das gute Dienste tat. 280 Kollegen mußten sofort ins Heer eintreten und noch immer mehr folgen ihnen nach. Wer kann ermessen, was dies bedeutet, da drei Viertel davon Familien hinterlassen? Ueber 200 Kollegen wurden arbeitslos. Das ist der Krieg. — Die Arbeitslosigkeit nahm durch obige Maßnahmen glücklicherweise schnell ab, und heute sind nur noch wenige ohne Arbeit.

Was in allem: unsere Kollegen haben die ersten Stürme gut überstanden, dank der langen erzieherischen Organisationsarbeit. Sind wir doch geborene Kämpfer und an Entbehrungen und Opfer gewöhnt. Getragen von einer großen Idee, waren wir bis jetzt unbesiegt. Diese Idee ist nun Gemeingut geworden und die ganze Nation tritt dafür ein. Der Militarismus hat mit furchtbar rauher Hand die Gleichheit der Nation gebracht und keiner wird geschont; das ist etwas Erhebendes, trotz aller Not. In der Nacht vom 1. zum 2. August haben Hunderttausende „umgelernt“ und wurde ein neuer Maßstab geschaffen, der immer noch nicht ganz fertig ist zur Bewertung der Menschen, besonders der Arbeiter. Wer weiß, was noch in der Zukunft Schicksal geborgen liegt; wir stehen erst am Anfang. Bald wird die Arbeitslosigkeit wieder einziehen und Not und Sorge; da heißt es aushalten und nicht wälzlich in der Arbeit sein. Auch hier heißt es für manchen umlernen, so schwer es ihm auch fallen mag. Sehen wir uns vor und machen wir uns auf Großes noch gefaßt! Eins aber muß oben stehen, u n s e r V e r b a n d, mag kommen, was da kommen mag.

Emden. Hier zeigte sich mit Ausbruch des Krieges eine allgemeine Hilfslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit war sofort nahezu allgemein, weil selbst die großen Schiffahrtsgesellschaften an ihren Waukstellen die Arbeiten einstellen ließen. Ein großer Teil der Mitglieder sind nach ihrer Heimat in der Umgegend abgereist. Inzwischen hat sich die Arbeitslosigkeit wieder gehoben und die Vertilgung der täglichen Arbeitszeit um zwei Stunden wird noch weitere Erleichterungen schaffen.

Flensburg. Am 31. Juli wollten wir unser dreißig-jähriges Bestehen der Filiale feiern. Am Vorabend wurde nochmals eine Generalsprobe der getroffenen Arrangements abgehalten. Bei dieser Gelegenheit wurde Verwaltungsmitteln der Befehl des sofortigen Einrückens überbracht. Darum mußte von allem weiteren Abstand genommen werden. Auch unser Kassierer und Bevollmächtigter wurden sofort zur Fahne einberufen. Der wiederholte Wechsel an Verwaltungspersonen brachte einige Schwierigkeiten, die jedoch sehr überwunden sind. In den ersten Tagen des Krieges waren fast alle Geschäfte geschlossen. Die Neutralitätsklärung Dänemarks hat dann dazu beigetragen, daß inzwischen die Geschäftslage wieder günstiger wurde. Hoffentlich wird die Beitragszahlung nun auch wieder präziser durchgeführt als in den letzten Wochen.

Göttingen. Mit Beginn des Krieges wurde gleich 41 pzt. unserer Mitglieder der Waffenrock angelegt. Sämtliche Malerbetriebe wurden geschlossen. Die Kollegen, die außerhalb wohnen, waren noch nicht so schlimm daran, aber die hiesigen Kollegen sahen eine Zeit mit Schrecken heranzubrechen. Die Auftraggeber hatten scheinbar ganz vergessen, daß zur Kriegsführung auch die Kämpfer in Arbeitskleidern gehören und daß für deren Lebensunterhalt gesorgt werden muß. Man hätte gerade in unserer Universitätsstadt dies als eine Selbstverständlichkeit betrachten müssen, um so mehr man hier die Wissenschaft auf Volkswirtschaftslehre doch sonst glaubt in Erbpacht zu haben. Inzwischen sind wieder einigermaßen normale Verhältnisse eingetreten.

In den **Parzorten** sind die Kollegen, welche nicht zum Militär eingezogen wurden, zum größten Teil abgereist, so daß einige Baustellen gänzlich verwaist sind.

Riel. Hier sind wir in der glücklichen Lage, noch keine Arbeitslosen zu haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Werftbetriebe voll zu tun haben. Bedauerlich ist nur, daß auf der Kaiserlichen Werft noch 12 und 14 Stunden täglich gearbeitet wird. Dann ist ein großer Teil unserer Mitglieder mit bei den fortifikatorischen Arbeiten beschäftigt, bei einem Tagesverdienst von M. 4.50. Dies ist auch für unsere Stadtverwaltung äußerst günstig, weil sie keine größeren Ausgaben für Arbeitslose hat. Infolge der viertelstündigen Verkündung vom Rathausurm: „Riel hat kein Geld“, hat sich die gesamte Arbeiterschaft bereit erklärt, die Kosten für die Unterhaltungen der Ehefrauen der in den Krieg Gezogenen aufzubringen. Zu diesem Zwecke werden den Ledigen 5 pzt. und den Verheirateten 3 pzt. von den Arbeitgebern vom Lohn abgezogen. Wenn die Arbeiten an den Forts fertig sind, wird die Zahl der Arbeitslosen gewaltig steigen; es bleibt dann abzuwarten, ob man auch ihrer gedenken wird.

Bad Kreuznach. Hier hat der Ausbruch des Krieges recht scharfe Wirkungen ausgelöst, fast die gesamten Mitglieder wurden plötzlich arbeitslos, und zurzeit stehen nur 12 Kollegen in Arbeit. Unserm Ansuchen, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen, sind die Unternehmer noch nicht näher getreten. Die vom Vorstand und Beirat beschlossene Arbeitslosenunterstützung wurde von den Kollegen an Orte allgemein begriffen, kann doch dadurch die allergrößte Not bei den arbeitslosen Kollegen abgehalten werden. Der feste Zusammenhalt in der Organisation wird von den Kollegen gerade jetzt als dringend notwendig empfunden.

Lübeck. Mit dem 27. August ist hier allgemein die sieben-einhalbstündige Arbeitszeit eingeführt, wodurch sich die Zahl der Arbeitslosen etwas verringert hat. Es wird damit gerechnet, daß für die Arbeitslosen und für die Hinterbliebenen der in den Krieg Gezogenen von der Innung eine Unterstützung gezahlt wird.

In **Marburg** wurden bis jetzt 38 Mitglieder der Filiale zum Kriegsdienst einberufen, davon sind 23 verheiratet. Die Filiale zählte am 1. Juli 143 Mitglieder, so daß also 27 pzt. davon zu den Fahnen berufen wurden. Die Besetzung der entstandenen Lücken in der Verwaltung und bei den Kassierern machte einige Schwierigkeiten, da die Filiale

räumlich sehr ausgedehnt ist und sich auf mehr als 10 Orte erstreckt; doch haben sich bald Mittel und Wege gefunden, die Organisation intakt zu halten, so daß nach kurzer Zeit die Einkassierung wieder allgemein vorstatten ging und alle Mitglieder ihren Beitrag entrichteten. Mit Arbeitslosigkeit hatten unsere Kollegen bis jetzt nur ganz vereinzelt zu rechnen. Einige größere Bauten waren noch fertigzustellen, ebenso wurden Baracken für Zigarette und sonstige militärische Zwecke errichtet, wodurch für unsern Beruf manche Arbeit entstand. Sind jedoch diese Arbeiten fertig, so wird die Arbeitslosigkeit ganz wesentlich zurückgehen. Von dieser Erkenntnis ausgehend, sind wir an die vereinigten Arbeitgeber, mit denen wir seit diesem Frühjahr im Tarifverhältnis stehen, herangetreten und haben den Vorschlag auf rechtzeitige Verkürzung der Arbeitszeit unterbreitet. Doch scheint unser Ansuchen wenig Gegenliebe bei den Herren Arbeitgebern gefunden zu haben. Der Tarif ist bis jetzt im allgemeinen eingehalten worden.

Obernburg. Unser langjähriger Kassierer mußte sofort zum Militär; unser Bevollmächtigter konnte die Geschäfte nicht weiterführen. Der neugewählten Verwaltung wurden durch die Mitglieder ziemlich schwierige Aufgaben gestellt, besonders weil die jüngeren Kollegen ansfangs glaubten, daß sich nun die Organisation erledige. Es hat sich erfreulicherweise inzwischen eine andere Ueberzeugung durchgedrungen, dabei war die Bekanntgabe über die verabsorgte Notfallunterstützung nicht ohne Einfluß. Sehr zu bedauern war nur, daß einige Kollegen die tägliche Kontrolle noch als eine überflüssige Maßnahme ansahen. Die gemeinschaftlichen Eingaben an die Behörden haben wesentlich mit dazu beigetragen, daß die Geschäftslage inzwischen eine günstigere geworden ist.

Die **Filiale Wiesbaden** wurde von dem Kriege außerordentlich hart betroffen. 260 Kollegen, darunter auch unser Geschäftsführer, wurden gleich in den ersten Mobilmachungstagen zu den Fahnen berufen; im Laufe der Zeit stieg die Zahl der Einberufenen auf 298, davon waren 214 verheiratet. Von den zurückgebliebenen Mitgliedern waren 276, die über große Mehrzahl, arbeitslos. Die Aktion zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wurde gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband betrieben, die Arbeitszeit täglich um eineinhalb Stunden herabgesetzt. Dadurch ist eine kleine Besserung der Arbeitslage eingetreten. Mit der seit Ausbruch des Krieges eingetretenen Situation haben sich schon zwei Mitglieder versammelt, referierte über die Aufgaben der Gewerkschaften während der Kriegszeit und in besonders über die Maßnahmen unseres Verbandes. Im allgemeinen war man mit den Beschlüssen des Vorstandes und Beirates einverstanden; doch fehlte es auch nicht an Ansichten, die eine größere Unterstützung und eine geringere Karenzzeit erwarteten. Doch auch diese Kollegen verschlossen sich der Tatsache nicht, daß unser Verband unter Würdigung der gesamten Verhältnisse seine Aufgabe im weitgehendsten Maße erfüllt. In den Organisationsgeschäften ist keine Störung eingetreten, einige Kollegen der Filialverwaltung erledigen die Geschäfte in der Hauptsache nach Arbeitschluss. Man ist sich unter den Kollegen vollständig darüber klar, daß die Organisation in Kriegzeiten doppelt notwendig ist, um wenigstens einigermaßen helfend und lindend in die entstandene Not eingzugreifen. Die Beiträge der in Arbeit stehenden Kollegen gehen laufend weiter ein.

Wilhelmshaven. Mehrere unserer Verwaltungsmittelglieder wurden sofort eingezogen, darunter unser Vorsitzender, der Kassierer und einige Hauskassierer. Inzwischen sind die Lücken ergänzt und alles befindet sich im alten Geleise. Die reichliche Arbeit auf der Kaiserlichen Werft hat mit dazu beigetragen, daß wir Arbeitslose hier nicht haben. Gegen unsere übrige Kollegenchaft in Deutschland befinden wir uns somit in einer glücklichen Lage. Eine Arbeitszeitverkürzung einzuführen war nicht notwendig, doch hielten wir uns für moralisch verpflichtet auch einen Teil der in dieser Zeit zu bringenden Opfer auf uns zu nehmen. Unsere Mitgliederversammlung beschloß deshalb einstimmig, daß jedes Mitglied, welches einen Verdienst von über M. 28 hat, pro Woche 10 pzt. von seinem Verdienst an die Organisation abgibt, die mit einem Verdienst unter M. 28 nur 5 pzt. Die dadurch einkommenden Gelder werden regelmäßig an die Hauptkassa abgeführt, damit sie den arbeitslosen Kollegen zugute kommen.

In **Wolfenbüttel** arbeiten die Kollegen gleichfalls unter verkürzter Arbeitszeit.

Worms. Die Folgen des Krieges machten sich hier in wirtschaftlicher Beziehung außerordentlich bemerkbar. Ueber die Hälfte unserer Mitglieder war nach Eintritt der Mobilmachung arbeitslos. 14 Mitglieder, darunter 11 Verheiratete, wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Für den einberufenen Vorsitzenden, Schriftführer und Obmann des Ortsratsamts, hat die Filiale sofort Ersatz geschaffen, so daß die Organisationsgeschäfte ohne Störung weitergingen. In dankenswerterweise haben auch die älteren Kollegen ohne langes Besinnen wieder einen Posten in der Verwaltung übernommen. In einer Sitzung des Ortsratsamts wurde beschlossen, die bekannte Eingabe an alle staatlichen und städtischen Bauämter zu übersenden, ferner wurde ein gemeinsamer Aufruf in den Tageszeitungen erlassen, worin die Privatkaufmannschaft ersucht wurde, Malerarbeiten ausführen zu lassen. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf sieben Stunden herabgesetzt, also täglich um drei Stunden verkürzt. Diese Vereinbarung wird von allen Arbeitgebern eingehalten. Die Arbeitsgelegenheit hat sich in der letzten Zeit dadurch auch etwas gehoben, so daß wieder einige Kollegen in Arbeit treten konnten.

Die Beschlüsse des Vorstandes und Beirates, die Kollege Zimmermann in einer gutbesuchten Versammlung am 12. September eingehend erläuterte, wurden von den Kollegen gut aufgenommen. Besonders die Nichtanrechnung der ersten vier Wochen Unterstützung an Arbeitslose, wurde von den Betroffenen freudig begrüßt.

Aus unserm Beruf.

Submissionsblüten der schlimmsten Art zeitigte die Vergabe der Malerarbeiten am Hamburger Amtsgerichtsbau. Die Arbeiten waren in zwei Losen ausgeschrieben. Die Angebote darauf gaben nachstehende Firmen wie folgt ab:

	208 1	208 2
Zuvenray	2738,—	5882,—
Scharenhorst	5725,—	7600,—
Malerer Hansa	6000,—	6900,—
J. B. Schlüter	6153,—	11945,—
D. Dagemann	6475,—	8675,—
C. W. Schmidt	6700,—	8600,—
J. C. Krlger	2650,—	6200,—
L. Frösch	6780,—	5970,—
H. Heimerz	1900,—	4800,—
C. Kahle	2580,—	5170,—
Winkelmann	6540,—	9450,—
C. A. Hoffmann	7882,—	13894,—
Hansen	3580,—	5784,—
H. Ahlrepp	4545,—	7840,—
W. Treler	2722,—	4550,—
Reinhardt	790,90	1105,—

Wenn auch zu verstehen ist, daß in der gegenwärtigen Zeit ein sehr scharfer Konkurrenzkampf um die Erlangung von Arbeiten stattfindet und die Stallulation bis aufs Äußerste geteilt wird, so ist aber eine solche enorme Unterbietung der Preise wirklich nicht mehr zu verstehen. Jeder Unternehmer rechnet doch damit, daß immerhin noch ein kleiner Verdienst aus der Arbeit herauspringt; wie dies aber bei derartigen Preisdrückereien ermöglicht werden soll, ist jedem denkenden Fachmann unbegreiflich.

Gewerkschaftliches.

Deutsche Gewerkschafter im Kriegsdienst.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände, die der Generalkommission angeschlossen sind, haben sich sofort bemüht, durch Erhebungen bei den örtlichen Verbandsfilialen die genauen Zahlen aller zum jetzigen Heeresdienst einberufenen Mitglieder festzustellen. Am 17. August wurde der erste Versuch gemacht, der aber ein zu lückenhaftes Resultat ergab, daß zur Veröffentlichung nicht geeignet war, da nur 88 Verbände von den 47 der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften Angaben machen konnten. Die Umfrage wurde im September wiederholt und als Erhebungsdatum der 7. September angelegt. Auch jetzt konnten noch nicht alle Verbände Angaben machen. Es fehlen meistens aus den Kreisvereinen der Grenzgebiete die Berichte. Und da gerade in diesen Bezirken bei Ausbruch des Krieges alle Militärpflichtigen zum Heere eingezogen wurden, so ist der Prozentsatz der einberufenen Mitglieder sicher bei den meisten Verbänden noch höher als angegeben. Bei der Prozentberechnung ist die Zahl der weiblichen Mitglieder vom Gesamtmitgliederbestande in Abrechnung gebracht worden.

Der Prozentsatz der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ist in den einzelnen Verbänden außerordentlich verschieden hoch. Während er bei den Tabakarbeitern 11,8 beträgt, steigt er bei den Fleischern auf 56,5. Es wäre jedoch verfehlt, aus diesen Prozentangaben Schlüsse auf die körperliche Qualifikation der betreffenden Berufsangehörigen für den Kriegsdienst zu ziehen. Nur vereinzelt wird ein solches Urteil am Platze sein, weil die Heranziehung der Militärpflichtigen in den einzelnen Landesteilen nicht in gleichem Umfange erfolgte, so daß Organisationen, die in Bezirken eine große Mitgliederzahl haben, in denen nur einzelne Jahrgänge der Kriegsdienstpflichtigen eingezogen wurden, einen geringeren Prozentsatz eingezogener stellen, als er sich ergeben würde, wenn die Anforderungen der Militärverwaltung in allen Bezirken die gleichen wären. Auch die Berufsart dürfte in der Sache von Einfluß sein. Je nachdem ein Beruf den Zwecken der Heeresverwaltung mehr oder weniger dienlich gemacht werden kann, wird die Heranziehung der betreffenden Arbeiter zur Leistung der Dienstpflicht erfolgen. Nach den Angaben der Verbandsvorstände sind 689 755 Gewerkschaftsmitglieder bis Anfang September zum Heere eingezogen. Die Zahl der tatsächlich eingezogenen dürfte aber wesentlich höher sein. Die absolute Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder betrug in den Verbänden:

Metallarbeiter 181 891, Bauarbeiter 109 000, Transportarbeiter 81 247, Fabrikarbeiter 44 429, Holzarbeiter 44 060, Bergarbeiter 25 446, Zimmerer 19 776, Gemeindegewerkschafter 18 856, Buchdrucker 12 714, Textilarbeiter 12 165, Brauerei- und Mühlenarbeiter 11 594, Schneider 10 828, Maler 10 414, Bäcker und Konditoren 8211, Steinmetz 6705, Schuhmacher 6500, Maschinisten und Feiger 6421, Glasarbeiter 3883, Fleischer 3634, Landarbeiter 3354, Lithographen und Steinbrücker 3454, Lederarbeiter und Hand- schuhmacher 3190, Sattler und Portefeuliers 3189, Gastwirts- gehilfen 2871, Porzellanarbeiter 2700, Buchbinder 2701, Dach- decker 2584, Steinseher 2505, Tapezierer 2493, Töpfer 2476, Gärtner 2040, Wächter 1925, Handlungsgehilfen 1705, Tabakar- beiter 1589, Kupfer Schmiede 1421, Putzmacher 1320, Glaser 1277, Buchdruckerhilfsarbeiter 1100, Bureauangestellte 1013, Schiffszimmerer 945, Bildhauer 760, Kürschner 495, Zivil- mulster 370, Friseur 369, Alpkalteure 244, Xylographen 72, Notenstecher 67.

Prozentual gestaltet sich das Ergebnis wesentlich anders. Die Prozentzahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder betrug in den Verbänden: Fleischer 56,5, Bauarbeiter 39,0, Fabrikarbeiter 35,2, Zimmerer 35,1, Bäcker 33,6, Dachdecker 30,4, Glaser 29,8, Transportarbeiter 29,6, Lederarbeiter 28,5, Gärtner 28,3, Steinseher 27,4, Metallarbeiter 27,4, Brauerei- arbeiter 27,4, Schneider 27,2, Schiffszimmerer 26,6, Gemeindegewerkschafter 26,2, Kupfer Schmiede 25,6, Töpfer 25,6, Gastwirts- gehilfen 25,4, Bergarbeiter 25,0, Tapezierer 25,0, Maschinisten 24,4, Maler 24,3, Holzarbeiter 23,9, Sattler und Portefeuliers 23,0, Wächter 22,3, Steinmetz 22,2, Putzmacher 22,1, Porzellanarbeiter 22,1, Glasarbeiter 21,8, Bildhauer 21,2, Litho- graphen 21,2, Alpkalteure 19,1, Kürschner 19,1, Buchdrucker 18,4, Schuhmacher 18,2, Friseur 18,0, Zivilmulster 17,7, Landarbeiter 17,2, Xylographen 17,1, Bureauangestellte 16,1, Buchbinder 16,1, Handlungsgehilfen 15,4, Notenstecher 15,2, Buchdruckerhilfsarbeiter 14,9, Textilarbeiter 14,5 und Tabakar- beiter 11,8.

Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften und der Gemeinden. Während die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, um durch ihre Unterstützungen die

Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen, ist bei vielen Gemeinden immer noch eine scheinbar große Verständnislosigkeit gegenüber der jetzt bestehenden sozialen Not anzutreffen. Fehlen uns auch vorläufig noch Angaben über den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit im allgemeinen und über die Gesamtleistungen unserer Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung, so läßt sich doch schon an einzelnen Beispielen erkennen, welche Anforderungen an die Gewerkschaften bei der Unterstützung der Arbeitslosen gestellt werden. Im Metallarbeiterverband zum Beispiel waren in der vierten Kriegswoche 73 806 bezugsberechtigte arbeitslose Mitglieder gemeldet. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt in der zweiten Kriegswoche M 338 771, in der dritten M 436 752 und in der vierten M 463 667. In der Berliner Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes waren in der Woche vor dem Krieg auf dem Arbeitsnachweis 5001 Arbeitslose gemeldet. In der ersten Kriegswoche stieg die Zahl auf 9100, in der zweiten Woche auf 11 360, in der dritten Woche auf 11 405. Seitdem hat die Zahl der Arbeitslosen etwas nachgelassen, ist jedoch immer noch fast doppelt so hoch als in der letzten Woche vor dem Kriege. Es kommt das auch zum Ausdruck bei der Summe, die an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Während in der letzten Woche vor Beginn des Krieges M 25 571,20 inklusive des Sozialzuschlags für Arbeitslose ausgegeben wurden, stieg die Summe in der zweiten Kriegswoche auf M 72 573,05. Dabei muß noch beachtet werden, daß die Metallindustrie nicht am schwersten unter der durch den Krieg verursachten Arbeitslosigkeit zu leiden hat; zwar liegen einzelne Berufe, die Luxusartikel anfertigen und auf den Export angewiesen sind, total daneben, andere dagegen, besonders die, die für den Vorratsbedarf fabrizieren, sind sehr stark beschäftigt.

Demgegenüber dürfte wohl erwartet werden, daß auch die Behörden in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise das ihrige zur Vebesserung der Notlage, in der sich die Arbeitslosen befinden, beitragen. Leider ist das in dem Maße, wie es billigerweise verlangt werden kann, nicht überall der Fall. In Groß-Berlin bildet zum Beispiel die Stadt Berlin eine Ausnahme, die schließlich das tut, was im Augenblick getan werden kann. Geradezu unverständlich ist es, was die Vororte Groß-Berlins in Verabredung mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und dem Provinziallandtag zu tun beabsichtigen. Der Provinziallandtag hat vor wenigen Tagen beschlossen, den Gemeinden, die an Arbeitslose Unterstützung zahlen, 25 pzt. ihrer Ausgaben zurückzuerstatten; auch die Landesversicherungsanstalt Brandenburg beschloß das gleiche.

So schien der Weg frei für ein Zusammenarbeiten zwischen Kommunen und Gewerkschaften. Da stellte sich mit einem Male ein Hindernis ein durch eine Anordnung des Ausschusses der Provinz Brandenburg, wonach die Unterstützung der Gemeinden nicht generell jedem in den Gemeinden wohnenden Arbeitslosen gegeben werden dürfe, sondern die Gemeinden sollten bei jedem Unterstützungsfall prüfen, ob eine Bedürftigkeit vorliegt. Wenn die Gemeinden das nicht täten, würden ihnen die 25 pzt. Zuschuß nicht gezahlt. Weiter ist beabsichtigt, in allen den Fällen, in denen die Gewerkschaften den Arbeitslosen Unterstützung zahlen, diese bei der Prüfung der Bedürftigkeit durch die Gemeinden voll in Anrechnung zu bringen. Das heißt also, wenn die Unterstützungen der Gewerkschaften so hoch oder höher sind, als die Sätze, die die Gemeinden den Arbeitslosen geben wollen, dann lehnt die Gemeinde jedwede Unterstützung ab, und wenn die Sätze, die die Gewerkschaften zahlen, niedriger sind als die Sätze, die die Gemeinde zahlen will, dann legen die Gemeinden nur so viel zu, daß die Sätze der Gemeinden erreicht werden.

Um das zu verstehen, sei daran erinnert, daß die Gemeinden verschieden zahlen. Berlin zahlt zum Beispiel an Arbeitslose, die Kinder unter 14 Jahren haben, M 5, an Arbeitslose, die keine Kinder haben, M 4. Andere Gemeinden zahlen an Verheiratete M 6, an Unverheiratete M 4,50. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, in welchem hohen Maße den Gewerkschaften die Lasten für die Arbeitslosen auferlegt werden.

Ersparnisse würden auch die Vororte machen, wenn sie so wie Berlin mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Da das aber, wie es scheint, nicht beabsichtigt wird, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich auch keine Veranlassung nehmen, die bisherigen gewaltigen Anstrengungen noch weiter zu machen, um den Arbeitslosen zu helfen. Deshalb hat eine Versammlung von Vertretern der freien, christlichen und kirchlich-durchgeführten Gewerkschaften beschlossen, sofern die Vororte ihre Politik nicht ändern, wollen die Vorstände der Organisationen in Erwägung darüber eintreten, ob in den in Betracht kommenden Gemeinden nicht die Gewerkschaftsunterstützung ganz aufgehoben ist.

Eine Anzahl Gewerkschaften könnten sofort ihre Unterstützungen einstellen. Andere Gewerkschaften könnten dies mit Ablauf der Frist, die das Statut bestimmt, tun; das dürfte selbst für die Gewerkschaften, die die weitgehendste Unterstützungsfrist haben, schon in einigen Wochen der Fall sein. Und dann schieden die Gewerkschaften

ihre Arbeitslosen zu den Gemeinden, damit diese weiter für die Staatsbürger sorgen. Gemeinden und Provinzialbehörden mögen dann praktisch erproben, ob sie bei dieser Art der Erledigung ihrer sozialen Pflicht besser fahren. Damit dem Verlangen der Arbeitslosen nach Unterstützung bei den Gemeinden genug Gehör geschenkt wird, dürfte es vielleicht zweckmäßig sein, daß die Arbeitslosen zusammenkommen und entweder in Kommissionen oder gleich in Gesamtheit zur Gemeindeverwaltung gehen und um Unterstützung ersuchen. Es wird sich das besonders wirkungsvoll gestalten, weil mit dem Beginn des Winters die Not noch größer wird.

Handelt es sich bei der Besprechung dieser Inzuträglichkeiten auch nur um die Verhältnisse in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg, so glauben wir doch, annehmen zu dürfen, daß auch in den übrigen Landesteilen des Deutschen Reiches ähnliche Zustände anzutreffen sind, die eine Prüfung und ein gleiches Vorgehen der Arbeiter und ihrer Organisationen gebieten.

Vom Ausland.

Die italienische Gewerkschaftszentrale gegen die deutschen „Barbaren“. Das Zentralorgan der italienischen Gewerkschaften, der „Confederazione del Lavoro“, veröffentlichte in seiner Septemhernummer folgenden Artikel:

Teutonische Kultur und Zivilisation.

Die Nachrichten, die aus Belgien, dem interessantesten Kriegsschauplatz, eintreffen, überraschen, rühren und entkräften. Die Ritter der teutonischen Kultur und Zivilisation begehen Schrecklichkeiten, die unter die niedrigsten und abstoßendsten Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten, des Glaublichen und des Unglaublichen herabgehen.

Neutralität, Völkerrechte und Verträge werden in gruslicher und frecher Weise verletzt und aufgehoben; Scharen von Greisen, Weibern und Kindern mit den Bajonetten vor den deutschen Truppen hergetrieben, um auf die Feinde einen erpresserischen Druck auszuüben und sie ungestraft schlagen zu können; Städte dem Boden gleichgemacht und Kunstwerke zerstört; räuberische Brandschakungen der Städte und der als Weisen behaltenden Bürger — das sind die großen Kultur- und Zivilisationsstaten, die von den teutonischen Vandalen, Barbaren und Briganten in Belgien verrichtet werden.

Es wäre nützlich, zu wissen, was die deutschen Sozialisten und Gewerkschafter denken, sagen und tun diesen Dingen gegenüber; denn es widerspricht uns, an ihre Einwilligung, Mitschuld und Mitverantwortlichkeit zu glauben.

Aus diesen schrecklichen Taten der Barbarei, des Vandalismus und des Brigantentums entkühlt sich das, was man ironischerweise deutsche Kultur und Zivilisation nennen kann.

Hinweg mit solcher Kultur!

Sekretäre internationaler Berufsvereine, die in Deutschland ihren Sitz haben, und Freunde der italienischen Gewerkschaftsgenossen haben auf Grund dieser Publikation an die italienische Gewerkschaftszentrale und an die Redaktion des gewerkschaftlichen Zentralblattes längere Schreiben gerichtet, um die gegen die Deutschen erhobenen schweren Vorwürfe zu widerlegen. Sie haben darauf verwiesen, daß durch systematische Fügennachrichten der Auslands- und französischen Chauvinistenpresse, die Meinung des italienischen Volkes völlig irreführend wurde. Aus der ehrlichen Freundschaft der deutschen Arbeiterführer mit den italienischen und der guten Kameradschaft, die von deutschen Arbeitern den in Deutschland zahlreich beschäftigten italienischen Arbeitern gegenüber geübt wird, müßten die italienischen Arbeiter wissen, daß die deutschen Arbeiter zu den ihnen jetzt angehängten Schandtatzen nicht fähig wären. An der Hand der zum Krieg geführten Tatsachen wird den Italienern nachgewiesen, daß in Deutschland bis zum allerletzten Augenblick für den Frieden gewirkt wurde, und daß besonders die Arbeiterpartei jederzeit mit allen ihren Kräften dafür eingetreten ist.

Hoffentlich ist bei den italienischen Genossen jetzt ein Umschwung der Meinung über die deutschen „Barbaren“ eingetreten, zumal wenn sie erfahren, in wie großer Anzahl deutsche Gewerkschafter und Parteigenossen an Kriegsdienst teilnehmen müssen.

Verschiedenes.

Die Ernährung unserer Soldaten im Felde ist durch die neueren Konföderierungsverfahren bedeutend vielseitiger, als es im Kriege 1870/71 der Fall war. Damals bildete die Erbswurst sozusagen das einzige Nahrungsmittel. Sie war von dem Berliner Koch Grünberg erfunden und für M. 111 000 an das preussische Kriegsministerium verkauft worden. In welchem Umfange sie gegessen wurde, zeigt uns die Tatsache, daß an jedem Tage rund 65 000 Kilogramm Erbswurst hergestellt wurden. Die modernen Kriegskonserven

beruhen auch im Gegensatz zu früher auf wissenschaftliche Grundlage und enthalten genau die Nährstoffe in der erforderlichen Menge, die der Soldat im Felde gebrauchen muß.

Fachtechnisches.

Patentschau. Vom Patentbureau D. Krueger & Co. Dresden, Schloßstr. 2. Abdrucken billigt. Auskünfte frei. Angemeldete Patente: Kl. 76c. G. 88 864. Apparat zum Auflösen von hartgewordenen und getrockneten Oel- und Lackfarben, Farbhäuten, sowie zum Erweichen von hartgewordenen Pasten und dergleichen. Aug. Gottschalk, Höchst a. M. Aug. 11./4. 18. — Kl. 76c. H. 65 890. Farbstoffherstellung. Paul Heinrich, Leipzig-Indenau. Aug. 11./8. 18. — Kl. 22g. D. 8896. Verfahren zur Herstellung von Oel- und Farbstoffen. Oel- und Farbstoff U. G. Wadenstein, Schweiz. Aug. 11./12. 18.

Erteilte Patente: Kl. 9. 279 352. Stielbefestigung für Linspinsel und dergleichen. Simon Papp, Felsböck, Ungarn. Aug. 7./10. 18.

Literarisches.

„Praktischer Katechismus für Neurastheniker.“ Nach langjähriger Erfahrung bearbeitet von Dr. Walter (80 J.), 4. Auflage. Leipzig, Hofverlagsbuchhandlung Ebnm. Demme.

Das Wort Neurasthenie ist nach dem Verfasser unpassend; denn es bezeichnet nur Nervenschwäche. In unserem Fall, so führt er aus, handelt es sich aber um Leistungsunfähigkeit des Gehirns, des Rückenmarks oder des Sympathikus. Früher sprach man auch von nervöse Erschöpfung, Nervosität usw.; es sind dies lauter Bezeichnungen, die so wenig sagen wie: Blutarmut und Bleichsucht; denn der aufmerksame Beobachter wird bald herausfinden, daß die Nervosität Nebenache, das Grundleiden, verfehrter Stoffwechsel, Magen- und Darmschwäche, Nieren- und Herzschwäche, die Hauptsache ist. Die Neurasthenie ist durch Selbstbergiftung vom Darne aus bedingt. Neben der Neurasthenie laufen noch verschiedene Krankheiten, wie Herzschwäche, Nierenschwäche, sogar Arterienverkalkung. Verfasser geht dann auf die Ursachen näher ein und gibt Mittel und Wege an die Hand, die Neurasthenie zu verhüten, oder die schon bestehende zu beseitigen.

Sterbetafel.

Mannheim. Am 19. September starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied Julius Hauenstein im Alter von 88 Jahren an Augenkrankheit. Ehre seinem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Am 7. Oktober übermittelten wir unsern Filialverwaltungen ein Zirkular über die in Nr. 41 des „Vereins-Anzeiger“ bekannt gegebene Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge, die unter Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften errichtet wurde. Wir verweisen hiermit noch besonders auf diese im Interesse der Familienangehörigen unserer zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder liegende Sache und bitten durch persönliche Rücksprache mit diesen, den Abschluß von Versicherungen bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge zu fördern. Ferner ersuchen wir, die am 2. Oktober an die Filialen und Zahlstellen abgeordneten Fragebogen über den Stand unserer Berufs- und Organisationsverhältnisse, soweit das nicht schon geschehen ist, umgehend zuzustellen. Der Vorstandsvorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 5. bis 10. Oktober. Eingekandt haben für die Hauptkasse: Bielefeld M. 200, Wilhelmshaven 300, Cuxhaven 10, Oera 100, Köslin 121,66, Osnabrück 186,27, Lüneburg 42,05, Zwickau 306,93, Kolber 54,71, Hagen 273,42, Düren 21,20, Nowawes 85, Weiswasser 87,75, Meise 82, Offen 400, Neumünster 108,90, Braunschweig 321,21, Kiel 240,95, Passau 10,70, Potsdam 189,54, Schleswig 106,26, Fleßburg 300.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, V = Vorklasse, E = Eintrittsmarken): Berlin 40 000 B à 80, 400 B à 10. Breslau 100 B à 10, 50 V à 45. Prenzlau 100 B à 70, 5 E. Spandau 1200 B à 75.

Die Woche vom 18. bis 24. Oktober ist die 42. Beitragswoche. S. Wenker, Kassierer.

Der Malerkalender 1915

herausgegeben vom Vorstand des Verbandes

wird alsbald erscheinen. Der Kalender wird unter anderm auch ein Bildnis des verstorbenen Kollegen Töbler bringen. Die Verwaltungen der Filialen werden ersucht, bereits jetzt schon die Bestellungen vorzunehmen, damit beim Erscheinen sofort mit dem Versand begonnen werden kann. Der Preis beträgt pro Exemplar 50 J. Bei Bestellung von mindestens zehn Exemplaren kostet der Kalender pro Stück 45 J. Einzelbestellungen ist 10 J. Porto beizufügen. Der Vorstandsvorstand.

Schule für Holz- und Marmoralelei | Schule für Holz- u. Marmoralelei
 Georg Haaf, Carl, Bismarckstr. 18. | C. Christen, Hamburg 21, Alandstr. 67
 Prof. 1. Red. | Prospekte gratis

MALERSCHULE WILH. SCHUTZE

HAMBURG. PROSE GRATIS.

= Anerkannt beste Schule für Dekorationsmaler =

Schule für Holz- und Marmoralelei

von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5

Beginn 15. Oktober :: Bestimmungen kostenlos

Maler-Mantel, weltberühmt in Sitz, Haltbarkeit u. Schnitt. Direkter Versand an jedermann ab 1. Abrik. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen. Spez.-Fabr. f. Berufs-Bekl. Emil Hoffeldt, Dresden-N., Ritterstr. 3/4.

Schablonenstanzeisen, runde, ovale, gerade u. gebogene Stanzeisen. 1 Satz (40 Eisen) M. 18. Verlangen Sie Schnittprobe von Emil Kestner, Dresden-N., Löbauer Straße 18.

Düsseldorfer Malerschule

für Dekorationsmaler. Bekannte Schule. Höchste prämiert. Prospekte frei. Düsseldorf, Oberkassel, Hehr. Welschede, Oberkasselerstraße 13.

Maler-Mäntel

110	120	130 cm lang
M. 3,-	3,20	3,40

Sofen M. 2,-, Dreil.-Fäden 3,25, Dreil. Fäden 3,-, Wäsen — 10, Kessel-Fäden 2,2. Oberweiten bitten anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin

Brückenstraße 13, 1. Et.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 4 des „Correspondenzblattes“ bei.